

**Eingang:**

**B 03**

13.05.2023

**Etat-Antrag  
der CDU-Fraktion  
zum Produkthaushalt 2023**

**Jugendhilfe an Gymnasien**

Ergebnishaushalt

Produktbereich:	20	Bildung
Produktgruppe:	20.01	Schulbetriebsmanagement/pädagog. Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Im Rahmen des Prozesses zur integrierten Bildungsplanung wird das Förderprogramm „Jugendhilfe in der Schule“ in einem mehrstufigen Prozess sukzessive auf alle 24 Frankfurter Gymnasien ausgeweitet.

In der ersten Stufe wird die Jugendhilfe für acht Gymnasien bereitgestellt. Alle Frankfurter Gymnasien können sich formlos unter Angabe der wichtigsten Gründe darauf bewerben. Dafür werden die Mittel der Produktgruppe 20.01 für „Jugendhilfeangebote an weiterführenden Schulen“

von	9.658.300 €
um	<b>1.440.000 €</b>
auf	11.098.300 €

erhöht. Die Gegenfinanzierung erfolgt aus den mit der Aufhebung des Beschlusses § 3273 vom 11.05.2023 frei gewordenen Mitteln des Produktbereichs 20. Sofern die Mittelverwendung nicht vollständig im Haushaltsjahr 2023 erfolgt, ist ein Budgetübertrag möglich. Eine Verwendung der Mittel für andere Zwecke ist nicht zulässig. Über die Ausführung dieses Beschlusses ist der Stadtverordnetenversammlung binnen sechs Monaten zu berichten.

2024 soll das Programm in einer 2. Stufe zusätzlich für weitere acht Gymnasien und 2025 dann in einer 3. Stufe für alle 24 Gymnasien zur Verfügung gestellt werden. Die Umsetzung wird kontinuierlich evaluiert und best practice in das Rollout für die weiteren Stufen eingebunden.



## **Begründung**

Die „Jugendhilfe an der Schule“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und deren Familien in den unterschiedlichsten Problemlagen. Die Folgen der Corona-Pandemie haben verdeutlicht, dass es an Schulen feste Ansprechpartner/innen geben muss, die Vertrauen aufbauen und die Schüler/innen langfristig und verlässlich unterstützen können. Der Bedarf ist bei allen Schulformen hoch. An Grundschulen, Haupt- und Realschulen, Kooperativen Gesamtschulen und Integrierten Gesamtschulen ist die Jugendhilfe bereits fest verankert. Auch Gymnasien, an denen die Jugendhilfe bislang noch nicht schwerpunktmäßig angesiedelt ist, melden jedoch konkrete Bedarfe an Beratung und psychosozialer Unterstützung. Auch dort gibt es zahlreiche Schüler/innen, die unter Mobbing, Einsamkeit, Angsterkrankungen mit psychosomatischen Symptomen, Leistungsdruck oder den coronabedingten Lernverlusten leiden und dringend Hilfe benötigen.

Das Land hat auf diesen Umstand bereits mit der Einrichtung von sogenannten UBUS-Stellen („Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“) reagiert. Die Stellenzuweisung greift hier jedoch zu kurz. In einer Stadt wie Frankfurt müssen gleichzeitig auch von Seiten des Schulträgers bedarfsorientiert spezifische Angebote gemacht werden. Gerade auf die Mehrbedarfe an Gymnasien weisen Stadelternbeirat und StadtschülerInnenrat immer wieder hin.

Dr. Nils Kößler  
Fraktionsvorsitzender

### Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Sara Steinhardt  
Stv. Anita Akmadza  
Stv. Christian Becker  
Stv. Carolin Friedrich  
Stv. Claudia Korenke